

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

13. Sitzung des Reichstages (20. März 1877).  
11 Uhr. Am Thöre des Bundesrates: Hofmann, Herzog, Stephan und Andere.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen.

Die Vorlage bestimmt in ihrem einzigen Paragraphen: „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen können mit Zustimmung des Bundesrats und ohne Mitwirkung des Reichstages vom Kaiser erlassen werden, wenn der durch den Kaiserlichen Erlass vom 29. Oct. 1874 eingesezte Landesausschuss denselben zugestimmt hat.“

Hierzu beantragt Abg. v. Cuny folgenden § 2 hinzuzufügen: „Die in Elsaß-Lothringen eingeführten Reichsgesetze gelten daselbst sämtlich als Reichsgesetze im Sinne der Verfassung des Deutschen Reiches, ohne daß es einen Unterschied begründet, ob die Einführung vor oder nach dem 1. Jan. 1874 stattgefunden hat.“

Die Abgg. Haniel, Harnier, v. Hellendorff, Marquardsen, von Schwartze und Frhr. v. Stauffenberg beantragen dagegen: der Vorlage folgende Fassung zu geben:

§ 1. Landesgesetze für Elsaß-Lothringen, einschließlich des jährlichen Landeshauptsatzes, werden mit Zustimmung des Bundesrats vom Kaiser erlassen, wenn der durch den (in Anlage beigesetzten) kaiserlichen Erlass vom 29. October 1874 eingesezte Landesausschuss denselben zugestimmt hat.

§ 2. Die Erlassung von Landesgesetzen (§ 1) im Wege der Reichsgesetzgebung bleibt vorbehalten. Die auf Grund dieses Vorbehaltes erlassenen Landesgesetze können nur im Wege der Reichsgesetzgebung aufgehoben oder geändert werden.

§ 3. Die Rechnungen über den Landeshauptsatz werden dem Landesausschuss zur Entlastung vorgelegt. Im Fall der Versagung der Entlastung kann dieselbe durch den Reichstag erfolgen.

§ 4. Bis zu anderweitiger Regelung durch Reichsgesetz bleiben im Übrigen die Bestimmungen des kaiserlichen Erlasses vom 29. October 1874 in Geltung.

Hierzu schlägt Abg. Allnoch und Gen. (Fortschrittspartei) folgende Änderungen vor:

I. Dem § 1 folgenden § 1a folgen zu lassen: „Die Sitzungen des Landesausschusses sind öffentlich. Auf die Mitglieder und Verhandlungen des Landesausschusses finden die Artikel 29 und 31 der Reichsverfassung, sowie die §§ 11 und 12 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich entsprechende Anwendung.“

II. Dem § 2 folgende Zusätze zu geben: 1) „Der Entwurf eines Landesgesetzes, dem der Reichstag seine Zustimmung versagt hat, darf dem Landesausschuss zur Erledigung im Wege der Landesgesetzgebung nur mit Zustimmung des Reichstages vorgelegt werden.“ 2) „Der Reichstag kann den ihm vorgelegten Entwurf eines Landesgesetzes auf den Weg der Landesgesetzgebung verweisen oder die vorgängige Begutachtung desselben durch den Landesausschuss veranlassen.“

III. Dem § 4 hinzuzufügen: „Während der Versammlung des Landesausschusses ruht die im § 8 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Verfassung des Deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen, vom 25. Juni 1873, ertheilte Ermächtigung.“

Die Abgg. Germain, Gräf und Gen. (Protestpartei) beantragen, dem Gesetzentwurf folgende Fassung zu geben: „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen folgenden einer aus directen allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Landesvertretung.“

Endlich schlägt Abg. v. Schorlemer-Alst nachstehende Resolution vor: „Der Reichstag beschließt, den Reichstanzer aufzufordern, dem Reichstage in nächster Session den Entwurf eines Landesverfassungsgesetzes für Elsaß-Lothringen vorzulegen.“

Abg. v. Schorlemer-Alst: Die Regierungsvorlage bedeutet für mich nichts weiter als eine Fortdauer der Diktatur in Elsaß-Lothringen, verbrämmt mit einigen konstitutionellen Floskeln und Formen und hierin wird auch durch den Verbesserungsantrag Haniel und Genossen wenig geändert. Mir ist immer der einfache Absolutismus noch lieber gewesen als ein derartig verstrickter und verhüllter. Zwei Dinge sind es vor Alem, die den Elsässern fehlen und ohne die man nicht berechtigt ist, von einem konstitutionellen Regiment in den Reichslanden zu sprechen. Das eine ist ein Landesverfassungsgesetz als Grundlage des Rechtes der Bevölkerung und der Regierung und sodann das fehlende Mandat des Volkes für die Vertretung im Landesausschuss, welches einzige und allein durch das allgemeine Stimmrecht gewahrt wird. Der Abg. Schneegans erklärte, er wolle praktische Politik treiben und berief sich dabei auf die Grundsätze des großen Staatsmannes Franz Deal. Ich meine: sehr mit Unrecht! denn wenn man Franz Deal einen derartigen Landesverfassungsgesetz für Ungarn angeboten hätte, würde es gewiß mit Entrüstung zurückgewiesen haben. Herr Schneegans und seine politischen Gefügsleute sprechen von dem großen Vertrauen, das sie in den Fürsten Reichstanzer setzten. Die Herren täuschen sich doch wohl sehr, wenn sie glauben, daß sie von Fürst Bismarck eine Selbstverwaltung und Selbstregierung für Elsaß-Lothringen erwarten dürfen. Mir scheinen überhaupt diese Herren den Begriff eines Autonomisten mit dem eines Automaten zu verwechseln. (Auf: Oho!) Nur durch eine milde Behandlung und die bestmögliche Verwaltung wird man im Stande sein, die Gemüther in den Reichslanden zu gewinnen; von einer solchen Verwaltung und Behandlung ist aber bis heute leider wenig zu spüren. Im Gegenteil, man hat insbesondere durch Unterdrückung jeder unabhängigen Presse, die es gegenwärtig in den Reichslanden gar nicht mehr gibt (Widerbruch), die Gemüther aus Neuerkeite erbittert; und ich fürchte sehr, die Sympathien für uns in Elsaß-Lothringen reichen nicht weiter, als unsere Bajonetten und Kanonen. Den berechtigten Wünschen der Bewohner wird man nur dann entgegenkommen, wenn man dem Lande endlich ein Landesverfassungsgesetz giebt, und daß dies bald, spätestens aber in der nächsten Session geschieht, dahin zieht mein Antrag.“

Abg. Haniel: Den Vorredner entfuhr ein sehr unvorsichtiges Wort. Er sagte, daß in Elsaß-Lothringen die Sympathien für uns nur soweit reichten, wie unsere Kanonen und Bajonette. Wenn das richtig wäre, welche Empfehlung soll das für seinen Antrag sein, wonach wir bereits im nächsten Jahre Elsaß-Lothringen eine Landesverfassung gewähren sollen. (Sehr wahr!) Eine Opportunitätspolitik in dem Sinne, wie sie Franz Deal sein Lebenlang ausübte, kann auch ich nur aufs Lebhafteste befürworten; denn dieser große Staatsmann hatte ein festes Ziel in Auge, zu dem er sicher, aber nur Schritt vor Schritt vorsichtig vorwärtsging und lieber einen Schritt vorwärts nicht that, wenn er vorausahnte oder fürchtete, daß derselbe die Gefahr eines Rückfalls in sich trage. Eine solche vorsichtige Politik wollen auch wir für Elsaß-Lothringen befolgen; es ist die eines entschiedenen Fortschritts, aber ohne jede Überführung, die geeignet wäre zum Schaden des Landes selbst und jedenfalls zur Störung des äußeren und inneren Friedens eine politische Krisis herbeizuführen. Was unser Antrag betrifft, so liegt mir vor Alem daran, klar festzustellen, daß zwar durch den § 1 noch durch § 2 desselben das Vorrecht, welches der Kaiser gegenwärtig geistlich für Elsaß-Lothringen besitzt, im Geringsten eingeschränkt oder alteriert wird. Eine derartige Einschränkung würde ich als einen entschiedenen Rückschritt beklagen und eine derartige Absicht hat allen Antragstellern durchaus fern gelegen. Der Abg. Schneegans beklagte sich in letzter Sitzung darüber, daß die Sympathien für Elsaß-Lothringen hier im Hause abgenommen hätten. Ich meine, der beste Beweis für das Gegentheil ist die Thatache, daß dieser unter Antrag, welcher zu Gunsten der Selbstständigkeit der Reichslande einen entschiedenen Fortschritt gegenüber der Regierungsvorlage darstellt, von sämtlichen Parteien des Hauses, von der äußersten Rechten bis zur Linken unterstützt und unterschrieben worden ist.

Abg. v. Stauffenberg: Der Behauptung des Abgeordneten von Schorlemer, daß es zur Zeit gar keine unabhängige, sondern nur subventionierte Zeitungen in Elsaß-Lothringen gebe, muß ich entschieden widersprechen. Ich nenne nur die Blätter: „Industriel Alsacien“, „Vœu

national“ in Metz, das „Elsässer Journal“ in Straßburg und andere, denen wohl kein Mensch im Elsaß den Vorwurf machen wird, daß sie abhängig oder subventionirt seien. Unser Antrag unterscheidet sich von der Regierungsvorlage wesentlich darin, daß wir mit Bestimmtheit und in ausdrücklichen Worten aussprechen, daß der Schwerpunkt der Landesgesetzgebung in den Worten ausgesprochen, daß der Landesausschuss zu verlegen sei; während wir die Rechte des Reichstages zwar nicht ausgegeben, jedoch nur in der Form eines Vorbehaltes zum Ausdruck gebracht haben. Die nothwendige Folge unseres Antrages, insbesondere des § 2 wird die sein, daß der Landeshauptsatzetat jährlich festgestellt und demgemäß der Landesausschuss regelmäßig periodisch einberufen werden muß. Die Aufnahme des als Anlage dem Gesetz beigesetzten kaiserlichen Erlasses in das Reichsgesetzblatt giebt außerdem eine Garantie, daß ohne Zustimmung des Reichstages Änderungen in dem dadurch geschaffenen Zustand nicht herbeigeführt werden können. Mit dem Augenblick, wo unser Antrag Gesetz wird, ändern wir deshalb die Stellung des Landesausschusses fundamental, indem wir ihn aus der Kompetenz einer bloßen Verwaltungsorganisation, als welche er jetzt fungirt, emporheben zu der Kompetenz einer beschließenden Behörde, die auf geistlicher Grundlage beruht. Ich empfehle dem Hause dringend die Annahme unseres Antrages.

Abg. Nessel (Autonomist): Wir sind mit dem bestimmten Programm hierher gekommen, Elsaß-Lothringen zu einer gleichen Stellung zu verhelfen, wie sie jeder andere deutsche Staat besitzt. Das ist unser Ziel. Unsere früheren Collegen im Hause haben rein negative Politik getrieben; wir sind aber zu der Überzeugung gelangt, daß mit einer solchen unser Ziel nicht erreicht werden kann. Wir wollen auf dem Wege zu unserem Ziel schriftmäßig vorgehen und sind bereit, Abstimmungszahlungen anzunehmen. Dabei sind wir uns von vornherein bewußt gewesen, daß diese untere Stellung manchen Missdeutungen ausgesetzt ist. Negative Politik zu treiben ist ja sehr leicht (Zustimmung) und gewöhnlich auch dankbar. Man erwirbt sich Popularität dabei, während wir daheim bereits vielfach angegriffen werden und uns darauf gefaßt machen müssen, noch schwerere Vorwürfe zu vernehmen. Aber wir werden uns dadurch in unserem Streben, für unser Land positive Vorreihen und die ihm gebührende Stellung zu erreichen, nicht beirren lassen. Der Abg. v. Schorlemer meinte, wir verwechselten die Stellung eines Autonomisten mit der eines Automaten; wenn ich ein Automat bin, so bitte ich Sie, mir zu glauben: der einzige Faden, von dem ich bewegt werde, ist die Liebe zu meinem Vaterland. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Gerber: In dem Augenblick, wo wir eine aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehende Landesvertretung für Elsaß-Lothringen verlangen, wird man uns vor, daß wir eine negative Politik treiben. Ich glaube, es ist die positivste, die es geben kann, jedenfalls entspricht es vollständig den Bedürfnissen des Volkes. Daß wir über die schlimme Verwaltung des Landes klagen, ist allerdings eine negative Politik, aber eine lobenswerte; an der Regierung ist es, in dieser Beziehung positive Politik zu treiben und Änderungen zu schaffen. Man hat im Hause hier stets erklärt, daß man das größte Wohlwollen für Elsaß-Lothringen hege, und man sucht dies jetzt durch einen Antrag zu beweisen, welchem sich fast alle Parteien des Hauses angelassen haben. Ich nehme nun an, daß der Geist in diesem Falle sehr willig gewesen ist und daß man versucht hat, uns etwas recht Gutes zu geben, aber ich muß constatiren, daß das Fleisch schwach war, und daß das Gebotene weder unseren Anforderungen, noch denen des Landesausschusses entspricht. Wir durften nach Freiheit und Sie geben uns dieselbe tropfenweise ein.

Jedes Volk, es sei groß oder klein, hat das Recht der Selbstverwaltung; das Volk verlangt nach einer freien Landesvertretung, welche das Recht der eigenen Initiative und der freien Entwicklung hat, und dies ist um so nothwendiger, als die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen ganz besondere sind. Der jetzige Landesausschuss vertritt nicht die Stimme des Landes; er ist auch nicht von den Wählern beauftragt, legislativische Beschlüsse auszuführen, und dieser Zustand wird noch lange fortduern, denn der Ausschuss wird aller drei Jahre nur zu einem Drittel ergänzt, so daß eine völlig neue Zusammensetzung erst in 9 Jahren vollendet ist. Gegen eine sofortige freie Selbstbestimmung erhebt man den Einwurf, daß dadurch die Ruhe und Sicherheit Deutschlands gefährdet werden könne; ich bin aber überzeugt, daß, wenn man dem Lande die Freiheit, welche ihm zukommt, geben wollte, alle diese Bedenken sich als völlig grundlos ergeben würden. Ich habe keine Aussicht, daß unser Antrag angenommen wird; wenn wir aber trotzdem auf unseren Anforderungen bestehen, so geschieht dies nicht der Popularität halber; es sind diese Dinge schon lange im Lande gefordert worden, und es ist niedrig, uns solche Motive unterzuziehen. (Präsident v. Jorden bedauert jene Ausdrücke, so weit sie gegen ein Mitglied des Hauses gerichtet sind, als unparlamentarisch zurück.) Wenn wir uns nicht mit jenen kleinen Concessions begnügen, so gehen wir von dem Grundzuge aus, daß wir nicht die heruntergesunkenen Prospers auslesen wollen, sondern nur das verlangen, was man uns schuldig ist, und wir sind stolz darauf, daß wir auf diesem Standpunkte fest stehen bleiben. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dunder: Der Vorredner hat den Antrag seiner Freunde von der Protestpartei einen durchaus positiven genannt, aber wenn wir diesen einzigen Paragraphen annehmen, so würden die größten Conflicte entstehen, denn es ist in demselben absolut nichts über das Verhältnis von Elsaß-Lothringen zum Deutschen Reich, über die Souveränität, über die Stellung des Bundesrates u. s. w. enthalten. Der Vorredner beruft sich auf die Wünsche des Landesausschusses, welche viel weiter gingen als die Vorlage. Das erkennen wir ja vollständig an und wir haben ja auch ziemlich dieselben Ziele vor Augen, aber der Landesausschuss hat ja trotzdem dem Gesetzesentwurf ganz klar und ohne Vorbehalt seine Zustimmung ertheilt. Der Vorredner hat dann das Recht der Elsaß-Lothringen auf selbstständige Gesetzgebung besonders betont; ich achte diese Rechte vollständig, aber welchen Anspruch hat denn hier Elsaß-Lothringen zu erheben? Es ist niemals ein selbstständiger Staat gewesen und hat in Folge dessen nur die allgemeinen Rechte aller Deutschen, wie Vertretung im Reichstag u. s. w. zu beanspruchen, und die haben Sie ja. Wenn Sie so weit gehende Spezialrechte für Elsaß-Lothringen verlangen, so müssen Sie doch bedenken, daß diese Rechte für die einzelnen Staaten Deutschlands äußerst verschieden sind. Denken Sie nur an Mecklenburg. Das Reich hat sich eben in seinen einzelnen Theilen nicht uniform entwickelt. Die Reichsstände hätten überall vollständig durch das Reich zerstülpft und an die einzelnen Bundesstaaten vertheilt werden können; dies ist nicht geschehen, man hat vielmehr einen selbstständigen Staat gebildet und trotzdem klagen Sie über Vergeleichung und straffe Centralisation, obwohl Sie bisher Departements eines Staates waren, der selbst bis zum Oberhaupt centralistisch ist. Ich dente, wenn Sie verbessern wollten, sollten Sie mit uns stimmen und nicht mit Ihren Anträgen kommen, die ein reines Negativum enthalten. Ich wünschte nun, daß neben den allgemeinen Prinzipien, welche von fast allen Parteien des Hauses vereinbart sind, noch unsere speziellen Anträge angenommen würden, welche den Landesausschuss mit Garantien umgeben wollen, seine legislative Tätigkeit in rechter Weise auszuüben. Nehmen Sie den Fall an, daß Differenzen zwischen Reichstag und Reichsregierung vorliegen und die Regierung versuchen könnte, einem Gesetz, das hier gefallen, durch den Landesausschuss zur Sanction zu verhelfen; es würde dann der Landesausschuss über den Reichstag gestellt werden, ein Verhältnis, das der Würde des letzteren nicht entspricht. Ferner könnte die Regierung nicht alle Mittel ergreifen, um sich mit dem Landesausschuss zu verständigen, und da soll dem Reichstag Gelegenheit gegeben werden, den Gesetzentwurf wieder an den Landesausschuss zurückzuverweisen zu können. Ich empfehle Ihnen unsere Anträge.

Abg. v. Stauffenberg spricht sich gegen die Zusatzanträge der Fortschrittspartei aus, weil dieselben nicht nothwendig, ja sogar bedenklich seien. Es dürfte allerdings nicht der Landes-Ausschuss über den Reichstag gestellt werden, aber das sei für die Regierung eine Frage des politischen Anstandes, und andererseits könne es bei veränderten Verhältnissen wünschenswert sein, ein vom Reichstag abgelehntes Gesetz später dem Landesausschuss vorzulegen. Gegen die Eventualität, daß die Regierung sich nicht genug bemüht, um eine Verständigung mit dem Landesausschuss herbeizuführen, böten die elssässischen Abgeordneten eine Garantie, welche die An-

sichten des Landes-Ausschusses hinreichend klarzulegen und zu vertheidigen Gelegenheit hätten.

Abg. v. Cuny moetirt seinen Antrag, indem er ausführt, daß schon wiederholt in richtlicher Entscheidungen angenommen worden sei, daß in Elsaß-Lothringen die daselbst vor dem 1. Januar 1874, das heißt vor dem Inkrafttreten der Reichsverfassung, eingesetzten Reichsgesetze nur die Kraft von einfachen Landesgesetzen hätten und deshalb durch spätere Landes-Gesetze abgeändert werden könnten. Danach würde z. B. das Reichsstrafgesetzbuch, das Militärstrafgesetzbuch, das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch u. s. w. für Elsaß-Lothringen in Zukunft durch ein ohne Mitwirkung des Reichstages ergebendes Landesgesetz abgeändert oder aufgehoben werden können. Eine dem entgegengesetzte Declaration erscheint daher dringend geboten.

Director des Reichstanzeramts für Elsaß-Lothringen Herzog: zunächst muß ich den wiederholt erhobenen Vorwurf zurückweisen, als habe die Regierung durch die Eidesaufsetzung für die Bezirkstage-Mitglieder eine Gesetzesverletzung begangen. Die Bezirkstage sind im Jahre 1873 durch das Gesetz vom 24. Januar ausdrücklich auf der Grundlage des Gesetzes von 1833 eingesetzt, welches bestimmt, daß Niemand Mitglied des conseil général, also auch nicht Bezirkstag-Mitglied sein kann, der nicht zuvor den Eid geleistet habe. Daß die deutsche Regierung für sich das Decret der französischen Revolutionsträger vom 5. September 1870, welches jenen Eid aufstob, nicht als gültig anerkannte, wird ihr wohl Niemand zum Vorwurf machen können. Ich glaube auch nicht, daß die Regierung mit jenem Vorgehen einen politischen Fehler begangen hat, denn die Art und Weise, wie die Bezirkstage ihre Aufgabe geführt haben, spricht in der Beziehung für dasselbe. Was nun die gestellten Anträge betrifft, so ist zunächst der Antrag Germain für die Regierung einfach unannehmbar. Dagegen kann die Regierung zu dem Antrage Haniel und Genossen ihre Zustimmung erläutern. Sie hält es indeß für nothwendig, in Bezug auf die Tragweite der §§ 1 und 2 zu constatiren, daß auch sie eine Veränderung in den Rechten des Kaisers als Träger der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen, wie sie durch das Gesetz vom 9. Juni festgestellt sind, durch die Vorlage nicht erlaubt, ferner, daß in der Verantwortlichkeit des Reichstanzer amts durch dieses Gesetz im Verhältnis zu den früheren Gesetzen eine Veränderung nicht herbeigeführt wird. Die Anträge Allnoch bitte ich das Hause ableben zu wollen. Ich kann es nicht für wünschenswert erachten, daß die Annahme, die Regierung werde illoyal handeln, durch die in diesen Anträgen vorgelegten Bestimmungen im Gesetz einen Ausdruck finde. Was schließlich den Antrag v. Cuny anlangt, so liegt nach Ansicht der Reichsregierung ein Bedürfnis darin durchaus nicht vor, da die Regierung auch die vor dem 1. Januar 1874 im Elsaß erlassenen Gesetze als fortwährend rechtsgültige Reichsgesetze betrachtet, die somit einer einseitigen Abänderung durch die Landesgesetzgebung nicht unterliegen können.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Die Vertheidiger der Vorlage bestreiten, daß man in derfelben eine Verstärkung der Dictatur erblieben könne, da der Landesausschuss doch jetzt mehr mitzuwirken habe, als bisher. Der Landesausschuss ist aber gar nicht mit den Rechten einer Volksvertretung ausgestattet und steht nicht einmal auf dem Standpunkte eines alten Provinzial-Landtages. Der Abg. v. Stauffenberg hat mich misverstanden; ich habe nicht behauptet, daß es nur subventionierte und offizielle Presse in Elsaß-Lothringen gebe, sondern nur gesagt, es gibt und kann bei den Machtverhältnissen des Oberpräsidenten keine unabhängige Presse geben. Wenn er ferner hervorgehoben, daß man das Veto des Kaisers gar nicht beiseiteln wolle, so müßte man dies doch ausdrücklich anerkennen, sonst bleibt die ganze Sache zweifelhaft. Die Verantwortlichkeit des Reichstanzer amts hat allerdings die Verwaltungsmaschinen in den Reichslanden zu bedenken, so lange wir aber nicht verantwortliche Reichsminister bekommen, haben wir keine verantwortliche Reichsregierung.

Damit schließt die Discussion. Persönlich bemerkte Abg. Schneegans: Der Abg. Gerber hat die Unabhängigkeit der elssässischen Blätter bekräftigt und dadurch mich persönlich als Chefredakteur des „Elsaß-Journals“ angesehen. Ich begreife ganz gut, daß die Herren anderer Meinung sind als wir; Sie können sagen, wir seien auf einem Irrewege, aber greifen Sie doch deshalb unsern Charakter nicht an. (Sehr richtig!) Als wir die Regierung fragten, wie weit wir in der Presse geben könnten, wurde uns geantwortet: Ihr habt volle Freiheit innerhalb des Rahmens des Frankfurter Friedens. Von dieser Freiheit habe ich auch nach allen Richtungen in der Presse Gebrauch gemacht, und diese Freiheit hat mich sogar einen Monat auf die Festung Bisch gebracht. (Heiterkeit!) Wir werden niemals erlauben, daß unser Charakter von irgend jemand angegriffen wird. (Beifall.)

Hierauf werden die §§ 1 und 2 des Antrages Haniel und Cuny angenommen, die Anträge Germain, Allnoch und Cuny werden abge

kann nur erklären, nach der gegenwärtigen Sachlage sind wir nicht im Stande, für die weitergehenden Anträge des Abg. Alnnoch zu stimmen.

Der vor den Abg. Alnnoch und Genossen beantragte § 1a wird darauf mit 164 gegen 145 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmen die Polen, Socialdemokraten, Elsaß-Lothringer, das Centrum und die Fortschrittspartei.

Zu § 3 des Hänelschen Antrages bemerkt Unterstaats-Secretär Herzog, daß es wünschenswerth sei, in diesem Paragraphen den Bundesrat ebenfalls als einen Factor zu erwähnen, der bei der Rechnungsprüfung zu berücksichtigen sei.

Der § 3 wird jedoch in der Fassung des Antrages Hänel unverändert genehmigt.

Zu § 4 empfiehlt der Abg. Hänel den Zusatzantrag Alnnoch und Genossen den Hinweis, daß man zwar das allgemeine provisorische Verordnungsrecht des Kaisers nicht antasten wolle, daß man aber aus Rücksicht des Anstandes schon bestimmen müsse, daß dieses Recht ebenso wie während der Sessien des Reichstages auch während des Tagens des Landesausschusses ruhen müsse.

Unterstaatssecretär Herzog bittet diesen Antrag abzulehnen, da er von der falschen Ausprägung ausgehe, das kaiserliche Verordnungsrecht werde mißbräuchlich angewendet werden.

Abg. Schenk von Stauffenberg beantragt, in dem § 4 auch den kaiserlichen Erlass vom 13. Februar 1877 als noch zu Recht bestehend aufzunehmen.

Der Antrag Alnnoch wird darauf abgelehnt, der Antrag Stauffenberg und mit diesem § 4 in der Hänelschen Fassung angenommen.

Ebenso genehmigt das Haus die Einleitung des Gesetzes in der Hänelschen Fassung, wodurch dieses Gesetz nicht als specielles Landesgesetz für Elsaß-Lothringen, sondern als Reichsgesetz charakterisiert wird.

Schließlich lehnt das Haus die vom Abg. Dr. v. Schorlemmer-Alst beantragte Resolution ab.

Die zweite Berathung des Staats wird hierauf fortgesetzt und die Ausgaben der Abteilung des Reichskanzleramts für Elsaß-Lothringen ohne Dekate genehmigt.

Es folgt der Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen.

Bei Lit. 2 (Einnahmen aus der Zölzendersteuer) weist Abg. Sombari auf das Unreinen der Ausfuhrprämien für Zucker hin, welches in fast allen europäischen Staaten mit Ausnahme des Deutschen Reiches getrieben werde. Diese Zuckersteuerpolitik sei bereits von Colbert unter Ludwig XIV. und später von Ludwig XV. verfolgt, aus dessen Regierungszeit die Einführung einer Art von titres d'acquits-a-caution für Zucker stamme. In der Deputirtenkammer zu Versailles sei offen von der Tribüne ausgesprochen worden, daß Frankreich seinen Raffinerien circa 30 Millionen Francs jährlicher Ausfuhrprämien gewährt. Wenn man dazu erwäge, daß Frankreich das Doppelte seines Zuckerverbrauchs produziert, so sei es kein Wunder, daß Frankreichs Zucker den Weltmarkt beherrsche.

Das vorliegende loyale System Leon Say's sei durch den neuen Handelsminister Lefèvre de Bort wieder befürwortet und so die Lage der deutschen Zuckerindustrie sehr gefährdet. Namentlich könne man mit der neuordnung in Frankreich eingeübten Methode der Wertbestimmung des Zuckers nicht einverstanden sein. Deshalb habe unsere Regierung auch wohlgethan, daß sie der zwischen Frankreich, England, Holland und Belgien neulich abgeschlossenen Zuckerconvention nicht beigetreten sei, sondern eine abwartende Haltung eingenommen habe. Ähnlich hätten die Zuckerausfuhrprämien in Österreich die gesammelte Zuckereuer dieses Landes, 10,700,000 Gulden, aufgezehrt. Russland, Amerika und Cuba besitzen eine gleiche Politik in dieser Hinsicht. So sei Deutschland von trügerischen Nachbaren umgeben und wenn nicht die Ernte des vorigen Jahres eine so schlechte gewesen wäre, daß sich bis zu einem gewissen Grade ein Zuckermangel fühlbar mache, so würden sich die Folgen dieses Zustandes schon sehr drückend fühlbar gemacht haben. Jedenfalls könne man nicht leugnen, daß unter den obwaltenden Umständen für die deutsche Zuckerindustrie Gefahr im Verzuge sei. Deshalb richte er die Anfrage an die Reichsregierung, welche Schritte dieser gethan habe, um die deutsche Zuckerindustrie gegen den oben charakterisierten Unzug des Auslandes zu schützen. Sei die Regierung hierin dem Auslande gegenüber machtlos, so habe sie doch die Macht, dann dem ausländischen Zucker die Thür des Inlandes zu verschließen. Es handele sich dabei nur um eine berechtigte Schutzwehr, nicht um einen Schutzzoll, welchen ein Land mit Überproduktion in Zucker, wie Deutschland, für diesen Industriezweig nicht bedürfe.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus hierauf bis Mittwoch 11 Uhr.

Der Präsident schlägt vor, auf die morgige Tagesordnung die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über den Sitzen des Reichsgerichts zu setzen. Die Abg. Bamberger, Lässer und Wehrenfennig wünschen die Absezung dieses Gegenstandes vor der Tagesordnung, da der Mittwoch für Anträge von Mitgliedern des Hauses und Petitionen bestimmt sei, und in dieser Voraussetzung viele Mitglieder verreist seien, welche an der zweiten Lesung sich zu beteiligen wünschen.

Dagegen sprechen die Abg. Hänel, Richter (Hagen), Reichenberger (Krefeld), Lucius (Crefeld) und Schröder (Lippstadt) für den Vorwurf des Präsidenten aus, da es sonst unmöglich sei, die dritte Lesung noch vor den Osterferien zu beenden.

Abg. Richter (Hagen) fordert insbesondere, daß die Frist der Ferien noch von der offiziellen Presse benutzt werden könnte, um im Sinne der preußischen Regierung zu agitieren. Auch widerstrebe es dem Sinne der Geschäftsvorordnung, die dritte Lesung, die nur behufs etwaiger formaler Correctur der Beschlüsse der zweiten Lesung da sei, um mehrere Wochen hinauszuschieben.

Abg. Lässer constatirt dieser letzten Behauptung gegenüber, daß die dritte Lesung keineswegs bloss den Zweck habe, die früheren Beschlüsse formell zu revidiren, sondern daß sie den Mitgliedern Gelegenheit geben solle, die Gesamtfrage noch einmal zu prüfen und zu erwägen, ob nach Maßgabe derselben nicht materielle Änderungen jener Beschlüsse angezeigt seien.

Das Haus tritt schließlich mit Majorität dem Vorwurf des Präsidenten bei.

Berlin, 20. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Rentier W. S. Jacob zu Berlin den Königlichen Kronenorden 4. Klasse; sowie dem Steueraufseher Baureis zu Königsberg i. Pr. und dem Gerichtsboten, Executor und Gefangenewärter Strehz zu Trepow a. R. das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Geheimen Revisions-Rath Lenke, Mitglied des Revisions-Collegiums für Landeskultursachen zu Berlin, den Charakter als Geheimer Ober-Justizrat verliehen.

Der zur Zeit bei dem Neubau der geologischen Landesanstalt und Bergakademie in Berlin beschäftigte bisherige Baumeister la Pierre ist zum Königlichen Landbaumeister ernannt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Willnow zu Rosenberg-Obersch. ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Bromberg und zugleich zum Notar im Departement derselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bromberg ernannt worden.

Berlin, 20. März. [Sr. Majestät der Kaiser und König] nahm heute militärische Meldungen und demnächst die Vorträge der Hofmarschälle, des Kriegsministers und des Chefs des Militärcabinets entgegen und empfing und erwiderte Besuche von Höchsten und Hohen Herrschaften, die zur Feier des 22. März bereits hier eintrafen. — Ihre Majestät die Kaiserin-Königin empfing heute den Besuch sämtlicher hier eingetroffenen fremden Gäste und beglückwünschte den Prinzen Friedrich Carl zu seinem Geburtstage. Die Königin von Großbritannien und Irland sendet den Königlich großbritannischen General Prinz Eduard zu Sachsen-Weimar zur Beglückwünschung des Kaisers und Königs hierher.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags die Meldung des mit der Führung Höchstes 2. Schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 11 beauftragten Oberst-Lieutenants Freiherrn von Mierscheidt-Hülfesem entgegen. Abends 7 Uhr besuchte Se. Kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Opernhaus und begab sich um 9 Uhr zum Empfang Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin von Sachsen-Weimar nach dem Anhalter Bahnhofe. — Ihre kaiserl. und königl. Hoheit die Kronprinzessin wohnte Abends 7 Uhr mit Ihrer königl. Hoheit der Erbgrößherzogin von Sachsen der Vorstellung im Opernhaus bei.

Über die bevorstehende Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs sind nachstehende Bestimmungen getroffen worden: Se. Majestät werden um 10 Uhr die königliche Familie und die hier eingetroffenen Höchsten fremden Fürstlichkeiten, um 10½ Uhr den gesamten königl. Hof, um 11 Uhr die Generale und Militärs voll-

mächtigten, um 11½ Uhr die Commandeure der Leibregimenter, um 11¾ Uhr die Minister, um 12 Uhr die Fürsten und deren Gemahlinnen, um 12¾ Uhr den Gesammtvorstand des Reichstages zur Gratulation empfangen.

Um 3½ Uhr findet im Rittersaal des Königlichen Schlosses die Übereichung eines von den deutschen Fürsten geschenkten Bildes statt; um 3¾ Uhr wird Sr. Majestät in der alten Kapelle das Modell des Standbildes der Königin Louise, welches im Thiergarten von der Stadt Berlin errichtet werden soll, übergeben werden. — Um 4 Uhr findet im Palais Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen die Familientafel statt, während im Königlichen Schloß die Marschallstafel serviert ist. — Für 9½ Uhr ist die Soiree im Königlichen Schloß angeplant. (Reichsanzeiger)

[Hohe Gäste.] Der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen nebst der Prinzessin Elisabeth, der Herzog, die Herzogin und Prinzessin Elisabeth von Anhalt, sowie der Erbgrößherzog von Mecklenburg-Strelitz sind gestern Abend hier eingetroffen und im Königlichen Schloß abgestiegen.

Heute früh sind angekommen: der Prinz Friedrich der Niederlande, der Prinz Hermann von Sachsen-Weimar und der Fürst zu Wied.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 155. Königl. Preuß. Klasse-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168,

ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

65 94 125 36 37 39 67 71 308 82 (300) 93 (300) 507 14 29 39 62  
651 65 83 89 835 39 40 86 1091 170 206 (300) 93 407 28 29 93  
512 35 52 65 (600) 615 71 755 57 89 845 948 63 78 92 2022 (300)  
45 136 83 231 47 64 336 46 54 413 (600) 66 52 26 32 606 37  
41 790 953 3100 51 62 92 213 39 89 328 30 559 60 749 (600)  
865 96 98 906 99 4082 (300) 113 48 58 62 73 90 92 253 82 (1500)  
306 71 92 (300) 419 47 503 20 50 (600) 79 646 51 (300) 53 76  
(300) 77 (600) 747 60 72 77 80 817 44 56 81 85 934 67 5078 94  
116 20 55 89 315 34 54 (300) 69 84 402 64 546 61 70 664 77 90  
93 747 883 907 49 71 6043 156 (300) 94 214 (300) 60 324 (300)  
33 35 428 58 80 525 65 602 60 763 (300) 78 83 87 816 90 99 7056  
58 122 43 221 51 303 414 90 512 628 80 721 60 88 862 73  
940 64 82 98 8071 (600) 119 (600) 309 63 405 22 (600) 547 (300)  
643 88 712 (1500) 58 99 959 9007 128 (300) 75 240 (600) 54 87  
325 38 (600) 40 (300) 64 444 47 509 41 632 83 (300) 94 814 (600)  
32 36 46 49 951 79 (600).

10,057 233 (300) 98 (30,000) 313 24 443 70 649 77 (1500) 742

84 820 34 67 964 65 81 11,015 29 35 55 (300) 270 475 580 (300)

639 67 709 86 802 43 (300) 966 12,041 164 95 210 73 322 41

46 54 588 641 51 (300) 91 705 40 (300) 79 822 84 98 926 (300) 59

68 94 13,221 386 452 (300) 85 642 807 44 88 948 51 61 (300)

14,000 (300) 59 65 112 (3000) 52 (300) 56 72 255 331 39 60 419

(1500) 552 (600) 64 76 652 72 75 91 98 762 822 41 905 29 (1500)

15,098 189 210 23 68 (300) 84 (300) 363 496 527 (600) 47 55 69

(300) 607 772 866 78 982 (300) 88 16,087 121 257 72 393 473

83 (600) 503 623 63 766 822 55 (300) 909 (600) 78 83 17,018 21

30 46 50 (3000) 184 96 (1500) 208 372 88 419 68 515 51 76 89

617 39 43 (300) 79 84 700 79 801 17 34 56 98 (300) 910 47 (300)

18,028 91 115 52 94 (300) 209 66 80 366 493 516 (1500) 32 82

654 724 26 31 805 25 982 19,002 5 103 (300) 60 70 96 (300) 209

54 415 96 542 69 619 704 73 837 52 56 68 84 (300) 975.

20,188 210 26 71 405 546 54 603 21 759 82 833 93 902 27

29 46 53 21,005 35 40 57 (600) 118 70 200 7 325 (1500) 27 93

407 (300) 551 82 604 (300) 824 949 66 97 22,027 35 (600) 78

147 233 (1500) 437 80 91 (300) 508 31 610 24 32 47 (300) 714 72

870 956 72 23,051 68 194 259 68 539 67 96 622 43 85 713 29

(300) 39 892 939 61 68 24,058 83 88 99 102 8 218 47 317 28 76

401 507 54 69 (300) 853 73 76 80 937 (300) 62 84 25,004 24 31 41

107 8 207 96 339 401 13 99 516 57 63 (600) 68 77 97 670 74

700 (600) 32 98 26,008 (300) 32 (600) 58 85 129 59 203 33 37 371

531 (1500) 54 66 727 (600) 39 (1500) 63 98 819 (600) 21 49 77 90

915 57 27,023 92 102 76 231 38 79 309 42 78 549 78 85 617 41

899 911 (1500) 17 65 28,102 239 55 64 410 509 10 74 600 21 54

55 90 773 837 58 930 46 86 29,012 13 54 57 76 115 (600) 25 27

(300) 31 318 81 90 402 533 79 (300) 618 98 770 91 954 54.

30,002 (1500) 172 (300) 82 210 313 79 439 51 53 71 863 89

dem und dem Blatte. Als sehr großherzig kann dies Verfahren nicht gelten, obgleich wirklich in den vorgelesenen Abschnitten viel Unsinn und viel Ladebewerbes enthalten war, auch manche Ausserungen, welche die Damen in den Tribünen veranlaßten, sich hinter ihren Fächern zu verstecken. Der Schluß der Rede war gegen Jules Simon gerichtet. Nachdem Paul de Cassagnac die lange Liste seiner Zeitungs-Auszüge erschöpft hatte, verlas er eine fast ebenso lange Liste von Auszügen aus Jules Simon's Schriften, worin der jetzige Conseilspräsident für die Pressefreiheit eintritt. Die Mehrheit hörte bis zum Ende ruhig zu, ohne Zeichen des Missfalls oder selbst der Ironie. — Nach Cassagnac sprach dann Jules Simon. — Er sah sich weit kurzer, bekämpfte mit wenigen Worten die Sphären des Vorredners, nach welchen die Republikaner gezwungen wären, sich von ihren Gegnern geradezu zu Narren halten zu lassen, und nahm für sich selbst die Verantwortung des gegen Cassagnac eingeleiteten Prozesses in Anspruch. An seinen Überzeugungen betreffs der Pressefreiheit halte er unveränderlich fest; aber als Minister der republikanischen Regierung könne er nicht die täglichen Anreizungen zum Hass gegen die Regierung und zum Bürgerkriege, welche die Bonapartisten sich gestatten, dulden. Die imperialistische Partei, sagte er, möchte durch die Furcht, die sie einflößt, zur Herrschaft gelangen; der Cassagnac'sche Prozeß wird zeigen, daß die Regierung nicht eine Anzahl von Deputierten fürchtet, welche bloß in die Kammer getreten sind, um Lärm zu machen. Nachdem der Minister unter dem lauten Beifall der Mehrheit geendigt, wollte Laurier, der bekannte Apostat, antworten; aber es entstand ein solcher Lärm, daß er die Tribune verlassen mußte. Die Kammer hielt darauf eine lange Rede des Intransigenten Madier de Montjau aus. Madier de Montjau sprach gegen die Verfolgung de Cassagnac's, nicht aus Interesse für die Bonapartisten, mit denen er sehr unglimplikt umging, sondern im Namen der Prinzipien; er gab großartige Gesinnungen kund, deren Anwendung ihm als Minister wahrscheinlich sehr schwer fallen würde. Die Kammer bewies große Unaufmerksamkeit; mehrmals wurde von den Bonapartisten die Verzettelung der Discussion auf 24 Stunden verlangt und es entstand allmählig starker Lärm. Als die Generaldiscussion geschlossen war, machten die Imperialisten den Versuch, Paul de Cassagnac wenigstens teilweise der Verfolgung zu entziehen. Denn man weiß, daß er wegen mehrerer Vergehen angeklagt ist, von denen die einen an die Assisen, die anderen vor das Zuchtpolizeigericht gehören. Dem Zuchtpolizeigericht gerade, welches weit strenger als die Geschworenen zu sein pflegt, wollte man den Angeklagten entziehen. Es gab eine sehr verworreene Debatte, bei welcher der Präsident Grévy für die Forderung der Bonapartisten eintrat, insofern dieselben die Anklagepunkte in zwei Abschnitte sondern und folglich ein doppeltes Votum veranlassen wollten. Gambetta dagegen bestritt die Gültigkeit dieses Versahrens, welches in die Thätigkeit der Justiz eingreife. Man stimmte endlich ab und mit 296 gegen 197 Stimmen wurde die Erlaubnis zur Verfolgung Cassagnac's ertheilt. Es gelang zwar Mitchell, einen Zusatzvorschlag einzubringen, wonach die Anklage auf Beleidigung der Kammer wegfallen sollte; aber derselbe wurde mit 309 gegen 181 Stimmen verworfen. Cassagnac wird also vor den Assisen und vor dem Zuchtpolizeigericht erscheinen. — Der Senat berieb gestern über die Vicinalwege, schien aber nicht viel Geschmack an diesem Gegenstande zu finden. — Die „Débats“ bestätigten heute in einem neuen Telegramm aus London, daß die Unterhandlungen betreffs der orientalischen Frage einen günstigen Verlauf nehmen. Es werde in dem Protokoll der Mächte nichts über die Abrüstung Russlands gesagt werden, aber diese Maßregel werde der Unterzeichnung und Veröffentlichung des Programms folgen, wie man denn auch der Schwierigkeiten mit Montenegro keine große Wichtigkeit mehr beimesse. Die „Débats“ fassen denn auch endlich Zutrauen. „Wir wollen nicht zu optimistisch sein, bemerkten sie; der günstige Wind, der seit zwei Tagen weht, hat noch nicht alle Wolken zerstreut; man muß bis zum letzten Augenblick fürchten; aber im Ganzen neigt sich die Situation dem Frieden zu. Der General Ignatief ist nicht nach Paris gekommen, um Europa trügerische Hoffnungen einzuflößen, er geht nicht nach London, um den Engländern unannehbare Vorschläge zu machen. Man muß ihm die Gerechtigkeit erweisen, daß er wenn er nicht immer mit der nördlichen Klugheit auf Erhaltung des Friedens bedacht war, doch ohne Unterlass seit der Conferenz von Konstantinopel auf den Frieden hingearbeitet hat. Die ganze russische Diplomatie hat die nämliche Haltung beobachtet; die großherzigen Gesinnungen des Czaren haben sie geleitet. England hat also Recht, an die ausgezeichneten Absichten des Generals Ignatief zu glauben.“ — Man sagt, daß der Graf von Paris, der in den letzten Tagen aus Spanien hierher zurückgekehrt ist, die Haltung der Orleanisten bei der letzten Wahl im Senat nicht billigt. Gleich nach seiner Ankunft habe er Aufforderungen von Lambert Ste-Croix verlangt, worauf ihm zur Antwort wurde, daß der Duc d'Albigny den Orleanisten im Senat das Stichwort ertheilt habe. Daher angeblich eine Verstimmung zwischen Dakel und Neffen. — Der Prinz von Wales wird binnen kurzem mit seiner Gemahlin hier eintreffen. In seiner Eigenschaft als Präsident der englischen Section hat er einen größeren Platz im Ausstellungspalast beansprucht.

## Provinzial-Beitung.

n. n. Breslau, 19. März. [Der Verein kath. Lehrer] hatte am 15. d. Ms., Abends 7½ Uhr, im Café restaurant Sitzung. Nachdem der Vorredner, Rector Deutschmann, die im vorigen Monate aufgenommenen 4 Mitglieder herzlich willkommen hatte, wurde das lezte Protokoll verlesen und genehmigt. Ebenso die Tagesordnung: Abstimmung über die Aufnahme des Herrn Collegen Schreiber; Vortrag des Herrn Lehrer Hahn über: „Momente aus der Geschichte der Chemie“; Bibliotheksangelegenheit und Mittheilungen. Mittelst Stimmzetteln wurde Herr Schreiber einstimmig als Mitglied in den Verein aufgenommen. Darauf folgt der Vortrag. (Wangel an Raum hindert uns, den Auszug aus dem interessanten Vortrage mitzuteilen. D. Red.) — Nach einer sich anziehenden Debatte und nachdem der Vorsitzende dem Herrn Hahn für den Klar, höchst interessante Vortrag im Namen der Anwesenden gedankt, folgte der 3. Punkt der Tagesordnung: die Bibliotheks-Angelegenheit. Die Anlassfassung der von der betreffenden Commission vorgeschlagenen Bücher von Schuhmann und Keller wurde vom Vereine beschlossen. Unter den Mittheilungen ist hervorzuheben der Wunsch der Versammlung, daß sich in Breslau und der Provinz recht viele Freunde und Collegen des verft. Hauptlehrers Kühn entflocken möchten, sich durch Einsendung von Geldbeträgen bei der projektierten Grabdenkmals-Szene zu beteiligen, um dadurch nicht allein den Verstorbenen, sondern auch sich selbst und den Stand zu ehren und hoch zu halten. Schließlich wurde unter einer sehr erregten Debatte eine Angleichung befprochen, die sich als eine energische Abwehr gegen fortgesetzte Angriffe des Vereins von außen her charakterisierte. Schluß 11 Uhr.

Herr Basch, der bekannte Zauberkünstler, ist gestern nach kurzen Krankenlager an einer Lungen-Entzündung gestorben.

2. April, 19. März\*) [Vereinsleben. — Stadtrathwahl.] Kreisphysikus Dr. Jacob aus Breslau hielt Sonntag, den 18. d. Ms., im Saale des Schauspielhauses hier einen Vortrag über „Brunnen und Wasserleitung“, dessen gediegener und höchst lehrreicher Inhalt von dem zahlreichen Auditorium mit dem gespannten Interesse verfolgt wurde und am Schluß die lebhaftesten Dankesäußerungen hörbarrief. Diese, seit einiger Zeit von der „Section für Volksbildung“ veranstalteten öffentlichen Vorträge haben uns schon vieles Gute von einheimischen und auswärtigen Ge-

lehrten gebracht und wird ihre Ankündigung jedesmal freudig begrüßt. — Der „Kaufmännische Verein“ hat im Laufe des vergangenen Winters an Bedeutung wie an Mitgliederzahl zugenommen und die stets rege Besuchung an den Sitzungen des Vereins gewann durch die allgemeinen Beifall hindern die Vorträge der Mitglieder, erhöhtes Interesse. Auch die vom Verein geleitete Fortbildungsschule der Handlungslehrlinge nimmt immer größere Ausdehnung an. Eine weitere Aufgabe, die sich der Verein gestellt hat, durch Petitionen oder Beschwerden eine Milderung der polizeilichen Auflösung über den Wochenmarktverkehr zu erstreben, verdient allgemeine dankbare Anerkennung, da die hiesige Getreidemarkt erheblich geschwunden ist, eine große Anzahl bedeutender Dörfer zieht den Besuch unserer Nachbarstädte zum Verkauf ihrer Früchte, angeblich, weil dort die Polizei-Ordnung für den Markt-Verkehr nicht so streng gehandhabt wird. — In der Stadtverordneten-Sitzung vom 15. d. M. wurde der Kaufmann Heinrich Friedländer hier zum unbefoldeten Stadtrath gewählt.

t. Katowitz, 20. März. [Tagesgeschäft.] Aus den Verhandlungen der gestrigen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung, welche Sanitätsrat Dr. Holz zum ersten Male wieder, nach seiner Rückkehr aus dem Landtage leitete, ist die Wahl eines Prot. Vorsitzers hervorzuheben. Nachdem die Stadtverordneten, auf welche in zwei früheren Sitzungen die Wahl gefallen war, die Annahme derselben ablehnen, hatten, wurde Herr Fabrikbesitzer Venda in der gestrigen Sitzung mit 19 von 20 abgegebenen Stimmen zum Protovorsitzern gewählt und erklärte sich für Annahme der Wahl bereit. Ferner wurde auf Antrag des Magistrats beschlossen, der hiesigen freiwilligen Feuerwehr die etatirten 1000 M. zur Errichtung eines Steigerbürmes auszuzahlen und ihr den Bau zu überlassen. Von der ebenfalls auf der Tagesordnung stehenden Festsetzung des Etats für die Armenverwaltung, Volksschule und Töchterschule mußte Abstand genommen werden, da derselbe erst acht Tage lang öffentlich ausgelegt werden soll. Der Etat wird daher erst in der auf nächsten Montag anberaumten Sitzung zur Beratung resp. Feststellung gelangen. — Der Verein zur Verbreitung der deutschen Sprache, an dessen Spitze der Königliche Landrat, Freiherr v. Berlepsch, steht, trat am vergangenen Sonnabend zum ersten Male mit seiner Wirksamkeit vor die Öffentlichkeit. Der Verein erfreut die Erreichung seiner Zwecke durch Errichtung einer Bibliothek für die Lehrer und durch Prämiierung von Schulkindern, in erster Reihe solcher, welche von polnischen Eltern abstammend, sich durch besondere Leistungen auszeichnen. Die Kinder werden von den Lehrern dem Vereinsvorstande bezeichnet und dieser hatte am Sonnabend, Nachmittags 2 Uhr, die erste öffentliche Prüfung anberaumt. Dieselbe erstreckte sich auf Lesen, Rechnen, Geschichte, Geographie und deutsche Saubildung, förderte recht erfreuliche Resultate zu Tage und dauerte nahezu 3 Stunden. Nach eingehender Beratung seitens der Vorstandsmitglieder wurden von den 30 Prüflingen 15, Knaben und Mädchen, durch eine Goldprämie von je 15 M. und einen in der lithographischen Anstalt von Gierth u. Werner hergestellten sehr sauber ausgeführten Brämenschein ausgezeichnet, was gewiß nicht vertrieben wird, die Kinder zu weiterem Wettkampf anzuregen. Auch den Lehrern, welche mit den ihnen anvertrauten Kindern solche Erfolge erzielt haben, gebührt alle Anerkennung. Durch die Münificenz der Frau Tiele-Windler, welche der Prüfung von Anfang bis Ende bewohnte und sich während der Beratung des Vorstandes auf das Leutestigte mit einzelnen Lehrern, Kindern und deren Eltern unterhalten hatte, wurden die Kinder nach gethaner Arbeit mit Kaffee und Kuchen bewirthet und dann in ihre zum Theil ziemlich entfernt gelegene Heimat befördert. Die Begründung des Vereins für Verbreitung der deutschen Sprache ist mit Freuden und wird der selbe sicherlich segensreich Früchte tragen. Möge es ihm nie an Gönner fehlen! — Am Freitag Abend rückte ein Theil des abgelösten Grenz-Commandos zum nicht geringen Jubel unserer Jugend hier ein und bezog hier Quartier, um am anderen Morgen in die verschiedenen Garnisonen abzurücken. Es war dies seit langer Zeit wieder die erste Einquartierung.

[Notizen aus der Provinz.] \* Neisse. Das hies. „Sonntagsbl.“ schreibt: Einen Beweis von der Liebenswürdigkeit und dem landeswärterlichen Wohlwollen Sr. Majestät unseres Kaisers hat dieser Tage die Tochter des Lehrers H. in Ellguth bei Ottmachau erfahren. Dieselbe hat in dankbarem Verehrung dem geliebten Landesherrn zu seinem 70jährigen Dienstjubiläum ein Glückwunschkreis nebst einer selbst gefertigten Handarbeit überreicht. Se. Majestät hat Beides huldvollst ergreifend angenommen und ist darauf folgendes Schreiben an Fr. H. eingegangen:

Berlin, 10. März 1877.

Se. Majestät der Kaiser und König haben die zum 1. Januar d. J. von Ihnen dargebrachten Glückwünsche und die der Immunität-Eingabe beigelegte Gabe mit Dank entgegenzunehmen und mich zu beauftragen geruht, Ihnen als eine Beihilfe die anliegenden 50 Mark zu übersenden. Auf Aufforderung Befehl gez. Busmann, Hofrat.

+ Friedland O.S. Dem „Neiss. Sonntagsbl.“ schreibt man von hier: Eine unerhörte Thatsache ereignete sich am 18. d. Ms., Abends gegen 9 Uhr, in Koppitz, Kreis Falkenberg. Seit längerer Zeit lebt daselbst die Witwe X., welche sich in ziemlich guten Verhältnissen befand. Vor Kurzem hielt nun ein Bekannter von ihr um ihre Hand an, wurde jedoch zurückgewiesen. Derselbe geriet über die Abweisung in solche Wuth, daß er sie zu ermorden beschloß. Am 18. d. Abends, befand sich nur die Witwe in ihrem Zimmer und unterhielt sich mit dem anwesenden Scholzen, als sie plötzlich, von einem Schuß durch's Fenster daruntergestreift, zu Boden sank. Der Schrot und das Erstaunen der Anwesenden lädt sich denken, zumal als sich nach den angestellten Recherchen ergab, daß der Thäter der von Jedermann bekannte abgewiesene Freier war. Der Mörder, zu Hause angenommen, erzählte seiner Mutter, daß er nun das A-tötgeschossen habe.

— Berlin, 20. März. [Producent-Bericht.] Das Wetter ist regnerisch und wieder rauher geworden, was nicht ganz ohne Einfluß geblieben auf die Haltung unseres Marktes. Roggen spärlich angeboten, auf Termine ließ sich eher eine Kleinigkeit höher als gestern verkaufen. Die Zufuhr von Waare ist nicht groß und es sind besonders seiner Sorten entschieden knapp.

Roggenmehl fest. — Weizen recht sicc. Preise aber zu Gunsten der Verkäufer. — Hafer loco war heute nicht sonderlich begehrt. Terme ziemlich fest. — Rüböl war im Allgemeinen recht fest, doch haben sich nahe Sichten mehr als Herbst im Werthe verbessert. — Petroleum wenig belebt. — Norddeutscher Eisenbahnbetrieb nicht ohne Geschäft. — Oberösterreichischer Eisenbahnbetrieb hatte regen Verkehr aufzuweisen. — Arenberger, Massener, König Wilhelm besser. Louise lebhaft im Verkehr zu steigendem Course. Gelsenkirchen höher.

Um 2½ Uhr: Ruhig. Credit 261,00, Lombarden 136,00, Franzosen 379,50, Reichsbank 160,60, Disconto-Commandit 105,75, Laurahütte 66,90, Türk. 13,25, Italiener 74,25, Österreichische Goldrente 65,10, do. Silberrente 57,00, do. Papierrente 54,00, 5% Russen 87,75, Köln-Mind. 95,00, Rheinische 105,00, Bergische 76,00, Rumänen 13,70.

Berlin, 20. März. [Producent-Bericht.] Das Wetter ist regnerisch und wieder rauher geworden, was nicht ganz ohne Einfluß geblieben auf die Haltung unseres Marktes. Roggen spärlich angeboten, auf Termine ließ sich eher eine Kleinigkeit höher als gestern verkaufen. Die Zufuhr von Waare ist nicht groß und es sind besonders seiner Sorten entschieden knapp.

Roggenmehl fest. — Weizen recht sicc. Preise aber zu Gunsten der Verkäufer. — Hafer loco war heute nicht sonderlich begehrt. Terme ziemlich fest. — Rüböl war im Allgemeinen recht fest, doch haben sich nahe Sichten mehr als Herbst im Werthe verbessert. — Petroleum wenig belebt.

für entfernte Sichten zeigte sich indessen etwas mehr Begehr. — Spiritus eröffnete zwar fest, der schwierige Abfall, den mäßiges Angebot von Waare fand, hat indessen die Stimmung entschieden ungünstig beeinflußt.

Um 2½ Uhr: Ruhig. Credit 261,00, Lombarden 136,00, Franzosen 379,50, Reichsbank 160,60, Disconto-Commandit 105,75, Laurahütte 66,90, Türk. 13,25, Italiener 74,25, Österreichische Goldrente 65,10, do. Silberrente 57,00, do. Papierrente 54,00, 5% Russen 87,75, Köln-Mind. 95,00, Rheinische 105,00, Bergische 76,00, Rumänen 13,70.

Berlin, 20. März. [Producent-Bericht.] Das Wetter ist regnerisch und wieder rauher geworden, was nicht ganz ohne Einfluß geblieben auf die Haltung unseres Marktes. Roggen spärlich angeboten, auf Termine ließ sich eher eine Kleinigkeit höher als gestern verkaufen. Die Zufuhr von Waare ist nicht groß und es sind besonders seiner Sorten entschieden knapp.

Roggenmehl fest. — Weizen recht sicc. Preise aber zu Gunsten der Verkäufer. — Hafer loco war heute nicht sonderlich begehrt. Terme ziemlich fest. — Rüböl war im Allgemeinen recht fest, doch haben sich nahe Sichten mehr als Herbst im Werthe verbessert. — Petroleum wenig belebt.

für entfernte Sichten zeigte sich indessen etwas mehr Begehr. — Spiritus eröffnete zwar fest, der schwierige Abfall, den mäßiges Angebot von Waare fand, hat indessen die Stimmung entschieden ungünstig beeinflußt.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weifer seiner polnischen — Mark ab Bahn bez. per April-Mai 219½ bis 219 Mark bez. per Mai-Juni 221 Mark bez. per Juni-Juli 223 M. Br. 222½ M. G. per Juli-August 221 M. Br. 220½ M. Gd. per September-October 214 Mark bez. Gefündigt — Cr. Ründungspreis — M. — Roggen loco 153—184 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 162—163 M. ab Boden bez., neuer russischer 184—165 M. bez. poln. 154—165 M. bez. inländ. 176 bis 183 Mark bezahlt, defector inländ. — M. ab Bahn bez. kleiner russischer — M. ab Bahn bez. per März 162 M. bez. per März-April 162 M. bez. per Frühjahr 162½—163 M. bez. per Mai-Juni 159½ M. bez. per Juni-Juli 159 M. bez. per Juli-Aug. 158½ M. bez. Cr. Ründungspreis — M. — Gerste loco 110—183 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 120—165 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 140 M. bez., russischer 126—146 Mark bez., pommerscher 158—160 Mark bez., schles. 155—160 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 157—160 M. bez., ungarischer 138—140 Mark bez., defector russischer — Mark ab Bahn bez. per Frühjahr 149½ M. bez. per Mai-Juni 151 Mark bez. per Juni-Juli 153 M. Gd. per Juli-Aug. — M. bez. Gefündigt — Cr. Ründungspreis — M. — Erbien: Kochware 151—186 Mark, Futterware 135—150 M. — Weizenmehl ver 100 Kilo Br. universit. incl. Satz Nr. 0: 29—27 M. Nr. Nr. 0 und 1: 27,00—26,50 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. universit. incl. Satz Nr. 0: 26—24 M. Nr. 0 und 1: 23,50—22,50 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Satz pr. März 22,75 M. bez. — pr. März-April 22,75 Mark bez. per April-Mai 22,75 M. bez. per Mai-Juni 22,75 M. bez. per Juni-Juli 22,75 M. bez. per Juli-August — M. bez. Gefündigt 1000 Cr. Ründungspreis 22,75 M. Delfaaten: Mays 330—360 M. bez. — Mühl 325—355 Mark bez. — Rüböl pr. 100 Kilo loco ohne Fak 66 M. bez., mit Fak — M. bez. per März 63½ M. bez., per März-April — Mark bez. per April-Mai 65,5 M. bez., per Mai-Juni 65,7—8 M. bez., per Juni-Juli — M. bez., per September-October 66—68 M. bez., per October-November 66,2—3 Mark bez. — Cr. Ründungspreis — M. — Leinöl loco — M. bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Fak 34 M. bez., per März 29,7—1 M. bez., per April 28,5 M. bez., per April — M. bez., per April-Mai 28,3 M. bez. per September-October 31 M. Br. Gefündigt — Bar. Ründungspreis — M. — Markt.

Gaußasse mit Einfluß von 340 M. 17 Pf. Bestand des Vorjahrs 610 M. 47 Pf., die Ausgabe 228 M. 13 Pf. und somit ult. December der baare Kassenbestand 382 M. 34 Pf. beträgt. Der Verein Landeshut hatte bereits vorher die Rechnung geprüft und für richtig befunden. 4) wurden zur Feststellung der Gaußasse die betreffenden Fragen an die Vertreter der Vereine vertheilt. 5) beschloß die Versammlung, in diesem Jahre eine Gaußasse zu vertheilen nach Lahn in Aussführung zu bringen und auch wieder eine Turnfahrt nach Hirschberg stattfinden zu lassen. 6) wurde als Vorortturnerversammlung in Hirschberg stattfinden zu lassen. 7) gelangten noch einige spezielle Anträge zur sofortigen Erledigung, worauf um 1½ Uhr der Schluß der Verhandlungen eintrat, ein gemeinsames Mittagbrot aber die Mitglieder noch einige Zeit gemütlich vereinte.

Breslau, 21. März. [Schlesische Vereinsbank] Wir erhalten folgende Mitteilung: „Gestern fand eine Sitzung des Aussichtsraths der Schlesischen Vereinsbank statt, in welcher die Direction die Bilanz für das verflossene Geschäftsjahr vorlegte. Dieselbe schließt inclusive des Nutzens aus dem Aktienrückkauf mit einem Nettogewinn von 300,000 Mark. Der Verwaltungsrath hat es indessen nach eingehendster Prüfung der einzelnen Posten für nicht geeignet erachtet, aus diesem Gewinn eine Dividende zu vertheilen, es will denselben vielmehr zu Abschreibungen aus Conto-Creditforderungen verwenden. Das erste Semester hatte exkl. des Nutzens aus dem Aktienrückkauf einen entsprechenden Gewinn ergeben, auf Grund dessen die Hoffnungen auf eine angemessene Dividende gerechtfertigt erschienen; im zweiten Halbjahr sind indessen größere Verluste aus Effecten- und Valuengeschäften eingetreten. Diese Mitteilung ist in hohem Grade überraschend, da die Bank insbank noch vor Kurzem offiziell die Auszahlung einer Dividende von 5 Pf. in Aussicht stellte. Wir sind begierig zu erfahren, welche Umstände es veranlaßten, daß nun plötzlich gar keine Dividende gezahlt werden soll. Den Gedanken, der durch Rückkauf eigener Aktien entstanden ist, zur Auszahlung einer Dividende zu benützen, ist von der Direction doch schwerlich beabsichtigt worden.“

Berlin, 20. März. Die Börse eröffnete in sehr fester Haltung und es zeigten auch die Coursnotierungen gegen die gehirigen Schlusscourse immerhin nicht ganz unbedeutende Abweichungen.

